

Gegen Krieg und Gewalt – für Frieden und menschliche Sicherheit

Bern (Schweiz), 4. September 2015

Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs waren weltweit nie mehr so viele Menschen auf der Flucht wie heute. Krieg und Gewalt haben viele Orte unseres Planeten in Schauplätze der Barbarei verwandelt. Wo Städte zerstört, Landstriche verwüstet und Gewalt gegen Menschen ausgeübt wird, gibt es kein Leben in Würde und keine Zivilisation. Frieden und Sicherheit sind unverzichtbare Grundlage von Demokratie, Fortschritt und Menschenrecht, so wie erst soziale, wirtschaftliche und demokratische Entwicklung nachhaltigen Frieden und Sicherheit ermöglichen.

Vor 100 Jahren war der Erste Weltkrieg in vollem Gange. Hunderttausende waren auf der Flucht, in seinem Verlauf kamen um die 17 Millionen Menschen ums Leben – so viele wie noch nie zuvor. Eine neue Art der Kriegführung setzte sich weltweit durch: der totale Krieg, der sämtliche gesellschaftliche Ressourcen beansprucht und diese in Todesmaschinen von industriellem Ausmass verwandelt. Der totale Krieg vernichtet, was er zu verteidigen vorgibt.

Führende internationale Sozialisten und Sozialistinnen versammelten sich vom 5. bis zum 8. September 1915 zu einer geheimen Konferenz in Zimmerwald bei Bern in der Schweiz. Sie riefen in ihrem Manifest alle sozialdemokratischen Parteien Europas zu einem unbeugsamen Nein zur Kriegsbeteiligung auf. Das Ziel, künftige Geschlechter vor der Geissel des Krieges zu bewahren, ist inzwischen Völkerrecht und bildet Grundlage der drei Jahrzehnte und einen Weltkrieg später formulierten UNO-Charta.

Vieles wurde auf diesem Weg erreicht, noch mehr bleibt zu tun. Die europäische Integration – die grosse Antwort der Demokratie und des Friedens auf eine Geschichte von Krieg und Gewalt – hat unserem Kontinent eine beispiellose Periode des Friedens und des Wohlstands gebracht. Die UNO schuf entscheidende Grundlagen zur Kriegsverhinderung und dämmte weit zahlreichere Konflikte erfolgreich ein, als die breite Öffentlichkeit annimmt. Dank der UNO ist heute völlig unbestritten, dass ein Kriegsverbrecher ist, wer einen Krieg entfesselt.

Heute verbreiten mancherorts neuartige Akteure Terror und Krieg. Weniger geopolitische Interessen als der Zerfall von Staaten und ganzen Gesellschaften bildet ihr Nährboden. So geht Krieg vielfach in organisierte Kriminalität über. Bewaffnete Banden üben Gewalt aus, um ihre persönliche Existenz zu sichern. Bekannte Anreize zur Befriedung versagen dann. Werden solche Konflikte von aussen instrumentalisiert, können eng begrenzte Problemherde in kurzer Zeit grossflächig Tod und Verderben verbreiten – nur allzu oft abseits der Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit. Denn die wenigen global aktiven Medienagenturen richten ihr Scheinwerferlicht vorab am Interesse der Mächtigen und kaum am Leiden der betroffenen Opfer aus.

Eine neue Unübersichtlichkeit kennzeichnet Ursachen und Inhalt aktueller Kriege. Oft sind zerfallende Staaten Ursache, oft sind diese allein Ausdruck tieferliegender Konflikte. Stets gehen Krieg und Gewalt mit fehlender Rechtsstaatlichkeit, fehlendem Service Public, Machtmissbrauch und dem Verlust jeglicher ökonomischer Perspektive einher, was vor allem unter der jungen Bevölkerung und den Frauen zu einem Klima der Unsicherheit und zur Ausgrenzung und Diskriminierung ganzer Bevölkerungsgruppen führt. Wichtige Treiber dieser Zerfallserscheinungen sind oft genug der Rohstoffhunger unseres ausbeuterischen, sozial blinden Wirtschaftssystems sowie der Klimawandel und die grossflächige Zerstörung der Umwelt.

In vielen Kriegen entsteht so ein unentwirrbares Knäuel innerstaatlicher und zwischenstaatlicher Dynamiken. Ob diese Dynamiken die Gewalt befeuern oder in friedliche Entwicklungen gelenkt werden können, entscheidet sich oft an der Fähigkeit der UNO, ihre Rolle als kollektives Sicherheitssystem tatsächlich wahrzunehmen, sowie an der Frage, ob die Zivilgesellschaft und allen voran die Frauen allein Opfer oder gleichzeitig zukunftsfähige Akteure sind.

Für uns bedeutet dies:

1. Wir müssen und wollen unseren Kampf gegen Krieg und Gewalt und für Frieden und menschliche Sicherheit bedeutend verstärken, denn sie bilden die Grundlage für die menschliche Würde und jeglichen Fortschritt.
2. Friedensförderung muss in allen Konfliktphasen handlungsfähig sein – sowohl kurzfristig zur Eindämmung und Beendigung der Gewalt, als auch langfristig, um die Friedensfähigkeit von Gesellschaften zu stärken und nach Konflikten den Wiederaufbau zu unterstützen.
3. Wir lassen uns nicht von scheinbar einfachen Rezepten verführen, sondern beharren darauf, dass nur ein vielfältiges, mehrdimensionales Vorgehen auf verschiedenen Ebenen und Zeitachsen uns dem Frieden näher bringt und die menschliche Sicherheit stärkt.
4. Im Zentrum steht für uns nicht die staatliche, sondern die menschliche Sicherheit. Vorrang haben stets die menschliche Würde, die Menschenrechte und die Unversehrtheit des Menschen und nicht territoriale Überlegungen, nicht ideologischer und religiöser Wahn und nicht blosser Machterhalt.

Langfristig wirkende, strukturelle Massnahmen für Frieden und menschliche Sicherheit

Für uns ist der Zusammenhang zwischen unserem globalisierten Wirtschaftssystem, der entfesselten Ausbeutung der natürlichen Grundlagen unseres Planeten und dem Zerfall von schützender Staatlichkeit zentral.

Es gibt keine langfristige Friedensfähigkeit ohne grundlegende Änderungen in der Art und Weise unseres Wirtschaftens, unseres Konsumierens und unserer Demokratie. Unser Kampf gegen Krieg und Gewalt und für Frieden und menschliche Sicherheit hat deshalb stets eine strukturelle und langfristige Dimension entlang folgender vier Achsen:

1) Es braucht grundlegende Änderungen in unserem Wirtschaftssystem

Es liefert trotz gewaltigem Überfluss eine Milliarde Menschen der Unterernährung aus und droht, die natürlichen Grundlagen unseres Planeten unwiederbringlich zu zerstören. Wir kämpfen

- für Verteilungsgerechtigkeit;
- für weltweit inklusive Gesellschaften, die allen ein Leben in Freiheit und Würde ermöglichen;
- für geschlossene Kreisläufe, damit unser Ressourcenverbrauch zukünftige Generationen nicht belastet;
- für menschenwürdige Arbeit für alle, auch für Flüchtlinge und MigrantInnen. Nur wer reguläre Wanderung ermöglicht und die Menschen schützt, kann skrupellosen Schleppern das Handwerk legen und dafür sorgen, dass Migration zur Chance für alle statt zum Risiko wird.

2) Es braucht mehr internationale Verflechtung und starke internationale Regeln

Das europäische Friedenswerk, das den Mitgliedstaaten der EU nun während Jahrzehnten in historisch einmaligem Mass Frieden und Sicherheit gewährleistet hat, weist uns den Weg:

- Wir kämpfen für mehr internationale Zusammenarbeit und für eine starke Regulierung dieser Zusammenarbeit. Denn eine wechselseitige Verflechtung sämtlicher Lebensbereiche, die im Dienste aller statt nur einiger Weniger steht, fördert den Frieden und verhindert Gewalt.
- Bei aller Kritikwürdigkeit einzelner Massnahmen der EU behalten wir stets die zutiefst friedenspolitische Dimension der europäischen Integration vor Augen. Wir brauchen nicht weniger, sondern mehr und ein besseres Europa.
- Unsere Antwort auf Globalisierung, ungleiche Verteilung der Güter und weltweite Gewalt ist nicht Nationalismus und Abschottung, Hetze gegen Fremde, gegen Minderheiten und gegen Europa. Vielmehr setzen wir auf Integration, inklusive Gesellschaften, Kampf gegen jede Form von Diskriminierung und Ausgrenzung und damit auf internationale, demokratisch legitimierte Zusammenarbeit.

3) Ein starkes Völkerrecht und handlungsfähige multilaterale Organisationen auf allen Ebenen

UNO, OSZE, EU, Afrikanische Union u.a.m. – sind zur Wahrung des Friedens und für mehr menschliche Sicherheit unverzichtbar.

- Wir kämpfen für deren tiefgreifende Reform, damit die Handlungsfähigkeit der UNO und der anderen multilateralen Organisationen steigt, Blockaden durch Vetomächte und Sonderinteressen verhindert und die multilaterale Durchsetzungsfähigkeit für Frieden und menschliche Sicherheit erhöht wird.
- Unverzichtbar sind deutlich mehr finanzielle Mittel für multilaterale Organisationen und eine Steigerung des Anteils, der ihnen unabhängig von den Mitgliedstaaten zufließt.
- Je durchsetzungsfähiger die UNO wird, desto dringender werden Mechanismen, um Machtmissbrauch zu verhindern und die Entscheidungsträger einer Rechenschaftspflicht zu unterwerfen. Es darf nicht sein, dass im Uno-Sicherheitsrat lebenswichtige Entscheidungen getroffen werden, für deren Folgen niemand zur Verantwortung gezogen wird.

4) Abrüstung und Vertrauens- und Sicherheitsbildung

Es gibt keinen Frieden ohne Abrüstung und Aufbau vertrauens- und sicherheitsbildender Massnahmen. Wir kämpfen dafür,

- den Druck auf die Atomwaffenstaaten zu vollständiger nuklearer Abrüstung bedeutend zu erhöhen und in Europa, im Nahen und Mittleren Osten und weiteren Weltgegenden atomwaffenfreie Zonen zu errichten;
- Firmen, die an der Herstellung und Wartung von verbotenen Waffen beteiligt sind, den Zugang zum Finanzmarkt zu versperren;
- den weltweiten Waffenhandel einzudämmen und die Militärausgaben massiv zu senken und zugunsten von Investitionen in die Friedensförderung und soziale und demokratische Entwicklung umzuverteilen;
- das Geflecht vertrauens- und sicherheitsbildender Massnahmen zwischen den Staaten so auszubauen, dass es auch in Zeiten erhöhter Spannungen nicht zerreißt.

Krisenintervention und internationale Schutzverantwortung

Neben diesen langfristig wirkenden friedensfördernden Massnahmen muss die internationale Gemeinschaft genügend Ressourcen und angemessene Mittel zur Verfügung stellen, um in Konflikten, Krisen und Krieg einzugreifen und die menschliche Sicherheit der geschundenen Zivilbevölkerung zu verbessern. Wenn ein Haus lichterloh brennt, nützt der Hinweis wenig, man hätte beim Bau halt auf brennbare Materialien verzichten sollen. Vielmehr ist es unsere moralische Pflicht, auch den von Krieg, bewaffneter Gewalt und Terror unmittelbar bedrohten Menschen Schutz und persönliche Integrität zu bieten. Darum unterstützen wir das von der UNO 2000/2001 entwickelte und 2005 am UNO-Weltgipfel von sämtlichen Mitgliedstaaten anerkannte Konzept der Schutzverantwortung. Dabei müssen die Entscheidungsverfahren und konkrete Umsetzung sicherstellen, dass jeder Missbrauch durch nationale Machtinteressen vermieden wird und tatsächlich der Schutz der Zivilbevölkerung zentral bleibt. Je nach Konfliktphase sind unterschiedliche friedensfördernde Massnahmen angesagt:

1) Bedrohliche Anzeichen der Gewalteskalation

Droht in einer Region ein bewaffneter Konflikt, so geht es darum,

- die Räume des Friedens und der Sicherheit zu erweitern;
- die Früherkennung zu verbessern und rechtzeitige Handlungsfähigkeit zu erhöhen;
- dem Frieden und dem Gewaltverzicht verpflichtete Akteure und ihre Netzwerke zu stärken;
- aktiv zum Abbau bereits bestehender sozialer Polarisierungen und Machtungleichgewichte in lokalen Kontexten beizutragen;

- jegliche Präsenz von aussen – humanitäre Hilfe, finanzielle und wirtschaftliche Beziehungen, Medienberichte – auf die Frage hin zu überprüfen, ob sie den Konflikt verschärfen oder dazu beitragen, die Gewaltrisiken zu verringern.

2) **Bewaffneter Konflikt und Krieg**

Ist ein bewaffneter Konflikt ausgebrochen, ist frühzeitiges Eingreifen angesagt, statt zuzuwarten, bis sich die Gewaltspirale nach oben dreht:

- Mediation, Pendeldiplomatie, lokale Waffenstillstände, Schutz der Zivilbevölkerung;
- Aufrechterhaltung von sozialen Netzwerken der Zivilgesellschaft, gezielte Unterstützung all jener Kräfte, die auf Gewaltverzicht und politische Lösungen setzen;
- Beobachtungsmissionen und Tatsachenfeststellung, damit Kriegsverbrechen breit dokumentiert und die Verantwortlichen zu gegebener Zeit strafrechtlich verfolgt werden können.

3) **Nach dem Konflikt**

Nach einer Konfliktbeendigung bleibt viel zu tun:

- Vertrauensbildung, Vergangenheitsaufarbeitung, Wiedergutmachung für die Opfer und strafrechtliche Aburteilung der Kriegsverbrecher, Nationaler Dialog;
- Abrüstung, Entwaffnung und Reintegration der ehemaligen Kämpfer;
- Reformen der Institutionen (Justiz, Sicherheitssektor), Durchführung von Wahlen;
- Wiederaufbau und Schaffung von Perspektiven namentlich für die Jungen.

4) **Friedensfördernde Institutionen, die Zivilgesellschaft und namentlich die Frauen stärken**

Die Erfolgchancen all dieser Massnahmen erhöhen sich, wenn sie von starken Institutionen getragen werden und auf eine Stärkung der gesellschaftlichen Voraussetzungen zielen:

- Die institutionelle Verankerung in den aktuellen Aussenministerien ist ungenügend. Für die Friedensförderung und Stärkung der menschlichen Sicherheit braucht es diplomatisch rasch handlungsfähige Staatssekretariate und ausgebaute Agenturen mit einem Vielfachen an finanziellen und personellen Ressourcen gegenüber heute – dies zulasten der bestehenden, meist völlig überdimensionierten Verteidigungsministerien.
- Bei allen Programmen für Friedensförderung und menschliche Sicherheit geht es um den grösstmöglichen Einbezug der Zivilbevölkerung, insbesondere der Frauen. Frauen werden in der Friedensförderung fälschlicherweise oft als blosse Opfer abgestempelt, statt dass ihre aktive Rolle in der Konfliktbewältigung anerkannt wird und sie in die politische Lösungsfindung einbezogen werden. Die Resolution 1325 des UNO Sicherheitsrates fordert dies ein. Die Nationalen Aktionspläne zu deren Umsetzung durch die UNO-Mitgliedstaaten müssen dies endlich anerkennen und mit überprüfbaren Umsetzungsschritten und Fristen versehen werden.

Unterstützt durch:

- Robert-Grimm-Gesellschaft
- SP Schweiz
- Frauen für den Frieden Schweiz
- Schweizerischer Friedensrat
- Womens International League for Peace and Freedom (WILPF) Schweiz